

## Eine Obergrenze des Erträglichen

Es vergeht kein Tag mehr, in dem man in Österreich in der Asyl- und Migrationspolitik nicht von einer neuen Grauslichkeit erfahren muss. Kaum ist der Vorstoß zu einer weiteren Verschärfung der Asylgesetzgebung auf Schiene, schon werden die nächsten Attacken auf die Existenz von Menschen auf der Flucht geführt. So gilt ab jetzt eine Obergrenze – Verzeihung, ein „Richtwert“ – für Asylverfahren und für die Durchreise von Flüchtlingen durch Österreich. Zugleich bekennt sich der neue Verteidigungsminister Doskozil dazu, mit einem Viktor Orbán gemeinsam eine „Verteidigungslinie“ gegen Fluchtbewegungen aufzubauen, werden in Wien Tischvorlagen für NATO und EU produziert, die eine weitere Militarisierung der EU-Außengrenzen voranbringen sollen. Eine Militarisierung, die bisher mindestens 37.000 Menschen im Mittelmeer das Leben gekostet hat.

Die Obergrenze des Erträglichen ist schon lange erreicht. Nicht erst, seitdem Bundesministerin Mikl-Leitner vor einem Millionenpublikum erklärt hat, dass in Österreich die Asylverfahren bewusst verschleppt werden, damit Antragsteller abgeschreckt sind und es nicht zum Familiennachzug kommt. Nicht erst, seitdem mit Berufung auf die Erhöhung der Zahl der Asylanträge hart erstrittene Grundstandards für eine qualitätsvolle und bedürfnisgerechte Aufnahme von Menschen auf der Flucht verhindert und immer mehr außer Kraft gesetzt worden sind. Nicht erst, seitdem die Brennergrenze einem „Grenzmanagement“ unterworfen wird, dass die bereits tausendfachen Rückschiebungen von flüchtenden Menschen weiter erhöhen soll – ob es dann einen physischen Zaun am Brenner geben wird oder nicht – und von dem bereits die Gefahr eines „Lampedusa des Nordens“ in den Raum gestellt wird.

Gerade die festgelegte Obergrenze für Asylverfahren bereitet künftigen Einschränkungen von Grundrechten den Weg. Denn die in diesem und sicher folgenden Fällen sollen diese nun nicht mehr bedingungslos (also eben als *Rechte*) gelten, sondern nur mehr nach Maßgabe angeblich nicht bestehender – politisch nicht genug beschaffter - Ressourcen. Es überrascht so auch nicht, dass zugleich mit den Grauslichkeiten in der Asylpolitik auch eine Serie von Attacken auf BezieherInnen von Mindestsicherung geritten werden. Das Unerträgliche nicht hinzunehmen, ist so nicht „allein“ eine Frage der Solidarität mit Flüchtenden – es ist eine Frage der gesellschaftlichen Solidarität überhaupt.

*Matthias B. Lauer, FLUCHTpunkt Hilfe-Beratung-Intervention für Flüchtlinge*